

"Für den Besteuerungszeitraum, für den der in Artikel 215 Absatz 1 erwähnte Gesellschaftssteuersatz auf 29 Prozent festgelegt wird, wird der in Absatz 1 erwähnte Höchstbetrag auf 850.000 EUR angehoben.

Für den Besteuerungszeitraum, für den der in Artikel 215 Absatz 1 erwähnte Gesellschaftssteuersatz auf 25 Prozent festgelegt wird, wird der in Absatz 1 erwähnte Höchstbetrag auf 1.000.000 EUR angehoben.

Gibt es in einem Besteuerungszeitraum keine oder unzureichende Gewinne, um die Summen zur Ausführung des Rahmenübereinkommens zu verwenden, wird die für diesen Besteuerungszeitraum nicht gewährte Steuerbefreiung gemäß Artikel 194ter § 3 Absatz 2 bis 4 nacheinander auf die Gewinne der nachfolgenden Besteuerungszeiträume übertragen, ohne dass die in den Artikeln 194ter § 2 und 194ter/1 § 5 erwähnten Steuerbefreiungen, gegebenenfalls zusammen angewandt, pro Besteuerungszeitraum die in Absatz 1 festgelegten Grenzen übersteigen dürfen."

Art. 55 - Die Artikel 53 und 54 werden wirksam mit 1. Januar 2018 und sind ab dem Steuerjahr 2019 anwendbar, das sich auf einen Besteuerungszeitraum bezieht, der frühestens am 1. Januar 2018 beginnt.

(...)

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 28. April 2019

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Vizepremierminister und Minister der Finanzen
A. DE CROO

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz
K. GEENS

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C – 2021/31123]

Conseil d'Etat. — Annulation (publication prescrite par l'article 39 du règlement général de la procédure)

Par arrêt n° 250.294 du 1^{er} avril 2021, le Conseil d'Etat, section du contentieux administratif, VI^{ème} Chambre, a annulé la troisième et dernière phrase de l'article 8 de l'arrêté royal du 31 mai 2016 relatif à la protection de la santé de la population en ce qui concerne les substances radioactives dans les eaux destinées à la consommation humaine, et a rejeté le recours pour le surplus.

Le même arrêt en ordonne la publication, par extrait au *Moniteur belge*, dans les mêmes formes que l'arrêté qu'il annule partiellement.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C – 2021/31123]

Raad van State. — Vernietiging (bekendmaking voorgeschreven bij artikel 39 van het Procedurereglement)

Bij arrest van de Raad van State nr. 250.294 van 1 april 2021, afdeling bestuursrechtspraak, VI^{de} kamer, wordt de derde en laatste zin van artikel 8 van het koninklijk besluit van 31 mei 2016 betreffende de bescherming van de volksgezondheid tegen radioactieve stoffen in voor menselijke consumptie bestemd water vernietigd en wordt het beroep voor het overige verworpen.

Ditzelfde arrest beveelt de bekendmaking bij uittreksel in het *Belgisch Staatsblad* op dezelfde wijze als het gedeeltelijk vernietigde besluit.

**SERVICE PUBLIC FEDERAL AFFAIRES ETRANGERES,
COMMERCE EXTERIEUR
ET COOPERATION AU DEVELOPPEMENT**

[C – 2021/20706]

8 MARS 2020. — Arrêté royal concernant la manière dont la légalisation est effectuée et les refus possibles de légalisation. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté royal du 8 mars 2020 concernant la manière dont la légalisation est effectuée et les refus possibles de légalisation (*Moniteur belge* du 13 mars 2020).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmedy.

**FEDERALE OVERHEIDSDIENST BUITENLANDSE ZAKEN,
BUITENLANDSE HANDEL
EN ONTWIKKELINGSSAMENWERKING**

[C – 2021/20706]

8 MAART 2020. — Koninklijk besluit tot vaststelling van de wijze waarop de legalisatie wordt uitgevoerd en de mogelijke weigeringsgronden van legalisatie. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 8 maart 2020 tot vaststelling van de wijze waarop de legalisatie wordt uitgevoerd en de mogelijke weigeringsgronden van legalisatie (*Belgisch Staatsblad* van 13 maart 2020).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmedy.

**FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN,
AUSSENHANDEL UND ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT**

[C – 2021/20706]

8. MÄRZ 2020 — Königlicher Erlass zur Festlegung der Weise, wie Legalisationen erfolgen, und über mögliche Gründe für die Verweigerung von Legalisationen — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Königlichen Erlasses vom 8. März 2020 zur Festlegung der Weise, wie Legalisationen erfolgen, und über mögliche Gründe für die Verweigerung von Legalisationen.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN, AUSSENHANDEL
UND ENTWICKLUNGSSZUSAMMENARBEIT8. MÄRZ 2020 — Königlicher Erlass zur Festlegung der Weise, wie Legalisationen erfolgen, und über mögliche
Gründe für die Verweigerung von Legalisationen

BERICHT AN DEN KÖNIG

Sire,

ich habe die Ehre, Eurer Majestät den Entwurf eines Königlichen Erlasses vorzulegen, der den Königlichen Erlass vom 12. Juli 2006 über die Legalisation ausländischer gerichtlicher Entscheidungen oder authentischer Urkunden ersetzt.

In Artikel 33 des Konsulargesetzbuches, eingefügt durch das Gesetz vom 21. Dezember 2013 zur Einführung des Konsulargesetzbuches, ist vorgesehen, dass der König die Regeln über die Weise bestimmt, wie Legalisationen erfolgen.

Es ist festzustellen, dass die Anzahl elektronisch unterzeichneter Dokumente weltweit erheblich zunimmt.

In Anwendung des Übereinkommens von Den Haag vom 5. Oktober 1961 zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Legalisation stellt Belgien bereits seit dem 1. Mai 2018 elektronische Apostillen über ein Programm mit dem Namen "eLegislation" aus, das beim Föderalen Öffentlichen Dienst Auswärtige Angelegenheiten entwickelt worden ist. Es wird sowohl für die Anbringung der elektronischen Apostille als auch für die Anbringung der elektronischen Legalisation verwendet.

Das Programm "eLegalisation" wurde entwickelt, um auch in allen belgischen konsularischen Vertretungen, die für die Durchführung von Legalisationen zuständig sind, verwendet zu werden. Dieses Programm wird für die konsularischen Vertretungen in den Bereichen Verwaltung der Legalisationen und Prüfungen ausländischer Dokumente im Allgemeinen eine Bereicherung darstellen.

Für Belgien bestimmte Dokumente werden elektronisch legalisiert.

Für ein Drittland bestimmte Dokumente können je nach Wahl des Bürgers elektronisch oder auf traditionelle Weise (Papierfassung) legalisiert werden.

Der Zweck des Programms "eLegalisation" besteht nicht in der Verarbeitung personenbezogener Daten, sondern lediglich darin, als nützliche Schnittstelle für die Verwaltung von Anträgen auf Legalisation oder Apostille zwischen dem Nutzer und dem für die Legalisation zuständigen Dienst zu dienen.

Da die elektronisch mit einer Apostille oder Legalisation versehenen Dokumente in der Anwendung "eLegalisation" registriert werden, wird mit diesem Programm ein Register der mit Apostillen und Legalisationen versehenen Dokumente geführt. Aufgrund des besonders schützenswerten Charakters der auf diese Weise registrierten Daten (private Dokumente oder Handelsdokumente) muss die Verwendung der Anwendung im Rahmen der Legalisationsaufgabe des FÖD Auswärtige Angelegenheiten geregelt werden.

Zudem handeln die zur Legalisation ermächtigten Dienste und Personen ausschließlich auf Antrag der juristischen oder natürlichen Personen, die ein Interesse an der Legalisation ihrer Dokumente zur Verwendung im Ausland oder in Belgien haben. Daher ist es den zur Legalisation ermächtigten Personen infolge des Antrags auf Legalisation oder Apostille erlaubt, die für die formelle Prüfung dieser Dokumente erforderlichen Angaben im Hinblick auf ihre Legalisation zur Kenntnis zu nehmen.

Im Datenverarbeitungssystem werden die Daten über Legalisationen und Apostillen für einen Zeitraum von fünfundsiebzig Jahren gespeichert.

Die Möglichkeit für den Nutzer, der im Besitz der Daten in Bezug auf die Legalisation oder Apostille ist (Kontrollnummer und Datum), das mit Legalisation oder Apostille versehene elektronische Dokument zu erhalten, ist auf zehn Jahre begrenzt.

Durch das Gesetz vom 3. Juli 2019 zur Abänderung des Gesetzes vom 21. Dezember 2013 zur Einführung des Konsulargesetzbuches und des Gesetzes vom 10. Februar 2015 über automatisierte Verarbeitungen personenbezogener Daten, die für belgische Pässe und Reisescheine erforderlich sind, ist Artikel 33 des Konsulargesetzbuches abgeändert worden, in dem nunmehr Folgendes festgelegt ist: "Der Leiter einer berufskonsularischen Vertretung kann gemäß Artikel 30 des Gesetzbuches über das internationale Privatrecht ausländische gerichtliche Entscheidungen oder authentische Urkunden legalisieren." Eine Legalisation erfolgt nicht länger systematisch.

Neben den üblichen Gründen für die Verweigerung einer Legalisation, wie zum Beispiel, dass es sich bei der Unterschrift nicht um die Unterschrift des zuständigen Beamten handelt, dass der unterzeichnende Beamte nicht zuständig ist, dass das Siegel oder der Stempel falsch beziehungsweise gefälscht oder ungewöhnlich ist, dass die Übersetzung fehlt oder der Inhalt gegen die öffentliche Ordnung verstößt, steht hiermit nun die Möglichkeit zur Verfügung, die Legalisation eines vorgelegten Dokuments auf der Grundlage der Ergebnisse einer inhaltlichen Prüfung des Dokuments zu verweigern.

Die inhaltliche Prüfung des Dokuments ist in Artikel 34 desselben Gesetzbuches vorgesehen. Das Verfahren in Bezug auf die inhaltliche Prüfung eines Dokuments ist im Rundschreiben vom 14. Januar 2015 über die Legalisation und die Überprüfung von ausländischen Unterlagen, ergänzt durch das Rundschreiben vom 29. November 2018, vorgesehen und seither unverändert geblieben.

Die Verweigerung einer Legalisation muss natürlich stets ordnungsgemäß mit Gründen versehen sein.

Kommentar zu den Artikeln

In den Artikeln 1 bis 4 wird der Legalisationsvermerk und der Zugriff auf die Anwendung festgelegt.

In den Artikeln 5 bis 6 wird bestimmt, wie Bemerkungen und eine mögliche Verweigerung der Legalisation angegeben werden.

Ich habe die Ehre,

Sire,
der ehrerbietige und getreue Diener
Eurer Majestät
zu sein.

Der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten und der Landesverteidigung
Ph. GOFFIN

8. MÄRZ 2020 — Königlicher Erlass zur Festlegung der Weise, wie Legalisationen erfolgen, und über mögliche Gründe für die Verweigerung von Legalisationen

PHILIPPE, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund des Artikels 6 Absatz 1 Buchstabe c) und e) der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung);

Aufgrund der Artikel 37 und 107 Absatz 2 der Verfassung;

Aufgrund des Artikels 30 § 3 des Gesetzbuches über das internationale Privatrecht;

Aufgrund der Artikel 5, 33 und 34 des Konsulargesetzbuches;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 12. Juli 2006 über die Legalisation ausländischer gerichtlicher Entscheidungen oder authentischer Urkunden, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 19. April 2014;

Aufgrund der Stellungnahme des Finanzinspektors vom 27. November 2019;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 66.888/4 des Staatsrates vom 5. Februar 2020, abgegeben in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 2 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat;

Auf Vorschlag Unseres Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

Artikel 1 - Der Legalisationsvermerk wird auf der zur Legalisation vorgelegten ausländischen gerichtlichen Entscheidung oder authentischen Urkunde gemäß dem Muster, das vorliegendem Erlass als Anlage beigelegt ist, vom Leiter der berufskonsularischen Vertretung, die in dem Staat akkreditiert ist, in dem die Entscheidung getroffen oder die Urkunde erstellt worden ist, oder von dem Konsularbeamten, der den Letztgenannten bei Abwesenheit oder Verhinderung ersetzt, oder von dem vom Minister bevollmächtigten Leiter der honorarkonsularischen Vertretung, der in dem Staat akkreditiert ist, in dem die Entscheidung getroffen oder die Urkunde erstellt worden ist, oder, in dessen Ermangelung, vom Minister der Auswärtigen Angelegenheiten angebracht.

Art. 2 - Der Legalisationsvermerk wird elektronisch oder anhand eines gedruckten selbstklebenden Etiketts auf dem vorgelegten Dokument angebracht.

Art. 3 - Das Anbringen einer Legalisation und einer Apostille, vorgesehen durch das Übereinkommen von Den Haag vom 5. Oktober 1961 zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Legalisation, erfolgt anhand eines Datenverarbeitungssystems (eLegalisation).

Auf Antrag der betreffenden Partei wird das Dokument im Hinblick auf das Anbringen einer Legalisation oder Apostille in das System eingegeben. Das legalisierte Dokument wird dem Antragsteller direkt entweder auf Papier oder elektronisch über das System ausgestellt. Das mit einer Apostille versehene Dokument wird dem Antragsteller direkt elektronisch über das System ausgestellt.

Daten über Legalisationen und Apostillen werden im elektronischen System für eine Dauer von fünfundsiebzig Jahren gespeichert.

Der Zugriff auf das elektronisch gespeicherte Dokument und die darauf angebrachte Apostille oder Legalisation ist für die betreffende Partei für einen Zeitraum von zehn Jahren ab Ausstellung der Apostille oder Legalisation gewährleistet.

Art. 4 - Der Verantwortliche des Dienstes "Legalisation und Bekämpfung von Dokumentenfälschung" des FÖD Auswärtige Angelegenheiten oder die von ihm ermächtigte Person legt fest, welche Personen befugt sind, dieses elektronische System beim FÖD Auswärtige Angelegenheiten und in den belgischen konsularischen Vertretungen im Ausland zu nutzen, um Legalisationen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten vorzunehmen.

Diese Ermächtigung wird erteilt, solange die Legalisation Teil ihrer Funktion ist.

Art. 5 - Wenn der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, der Leiter einer berufskonsularischen Vertretung oder der Konsularbeamte, der ihn ersetzt, oder der vom Minister bevollmächtigte Leiter einer honorarkonsularischen Vertretung, der eine ausländische gerichtliche Entscheidung oder authentische Urkunde legalisiert, prima facie auf Ebene dieser ausländischen gerichtlichen Entscheidung oder authentischen Urkunde ein Problem feststellt, obwohl alle Bedingungen für die Legalisation erfüllt sind, kann er die ausländische gerichtliche Entscheidung oder authentische Urkunde legalisieren und auf einem dem Dokument beigelegten Blatt Bemerkungen anbringen.

Handelt es sich um eine elektronische Legalisation, wird das Blatt mit den Prima-facie-Bemerkungen dem Bild des Dokuments im elektronischen Register der Legalisationen beigelegt.

Art. 6 - Der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, der Leiter einer berufskonsularischen Vertretung oder der Konsularbeamte, der ihn ersetzt, oder der vom Minister bevollmächtigte Leiter einer honorarkonsularischen Vertretung kann die Legalisation einer ausländischen gerichtlichen Entscheidung oder authentischen Urkunde auf der Grundlage des Ergebnisses der gemäß Artikel 34 des Konsulargesetzbuches vorgenommenen Prüfung verweigern. Er begründet seine Verweigerung und gibt mögliche Rechtsmittel an.

Art. 7 - Der Königliche Erlass vom 12. Juli 2006 über die Legalisation ausländischer gerichtlicher Entscheidungen oder authentischer Urkunden, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 19. April 2014, wird aufgehoben.

Art. 8 - Der für Auswärtige Angelegenheiten zuständige Minister ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 8. März 2020

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten und der Landesverteidigung
Ph. GOFFIN

Anlage zum Königlichen Erlass vom 8. März 2020 zur Festlegung der Weise, wie Legalisationen erfolgen
 Legalisationsvermerk:
 Gesehen zur Legalisation der Unterschrift von:
 (Name der Person, deren Unterschrift legalisiert wird)
 Kontrollnummer:
 Ort, Datum:
 Unterschrift und Siegel der ausstellenden Person.
 Diese Legalisation bestätigt nicht die Echtheit des Inhalts des Dokuments.
 Gesehen, um Unserem Erlass vom 8. März 2020 zur Festlegung der Weise, wie Legalisationen erfolgen, beigefügt zu werden

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten und der Landesverteidigung
 Ph. GOFFIN

SERVICE PUBLIC FEDERAL EMPLOI,
 TRAVAIL ET CONCERTATION SOCIALE

[C - 2021/20439]

15 MARS 2021. — Arrêté royal rendant obligatoire la convention collective de travail du 23 juin 2020, conclue au sein de la Commission paritaire pour employés de l'industrie de l'habillement et de la confection, relative à l'octroi d'un complément en cas de chômage temporaire pour cause de force majeure dans le cadre de la crise du coronavirus (1)

PHILIPPE, Roi des Belges,
 A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi du 5 décembre 1968 sur les conventions collectives de travail et les commissions paritaires, notamment l'article 28;

Vu la demande de la Commission paritaire pour employés de l'industrie de l'habillement et de la confection;

Sur la proposition du Ministre du Travail,

Nous avons arrêté et arrêtons :

Article 1^{er}. Est rendue obligatoire la convention collective de travail du 23 juin 2020, reprise en annexe, conclue au sein de la Commission paritaire pour employés de l'industrie de l'habillement et de la confection, relative à l'octroi d'un complément en cas de chômage temporaire pour cause de force majeure dans le cadre de la crise du coronavirus.

Art. 2. Le ministre qui a le Travail dans ses attributions est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Donné à Bruxelles, le 15 mars 2021.

PHILIPPE

Par le Roi :

Le Ministre du Travail,
 P.-Y. DERMAGNE

 Note

(1) Référence au *Moniteur belge* :
 Loi du 5 décembre 1968, *Moniteur belge* du 15 janvier 1969.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST WERKGELEGENHEID,
 ARBEID EN SOCIAAL OVERLEG

[C - 2021/20439]

15 MAART 2021. — Koninklijk besluit waarbij algemeen verbindend wordt verklaard de collectieve arbeidsovereenkomst van 23 juni 2020, gesloten in het Paritair Comité voor de bedienden van het kleding- en confectiebedrijf, betreffende de toekenning van een toeslag bij tijdelijke werkloosheid wegens overmacht in het kader van de coronacrisis (1)

FILIP, Koning der Belgen,
 Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de wet van 5 december 1968 betreffende de collectieve arbeidsovereenkomsten en de paritaire comités, inzonderheid op artikel 28;

Gelet op het verzoek van het Paritair Comité voor de bedienden van het kleding- en confectiebedrijf;

Op de voordracht van de Minister van Werk,

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

Artikel 1. Algemeen verbindend wordt verklaard de als bijlage overgenomen collectieve arbeidsovereenkomst van 23 juni 2020, gesloten in het Paritair Comité voor de bedienden van het kleding- en confectiebedrijf, betreffende de toekenning van een toeslag bij tijdelijke werkloosheid wegens overmacht in het kader van de coronacrisis.

Art. 2. De minister bevoegd voor Werk is belast met de uitvoering van dit besluit.

Gegeven te Brussel, 15 maart 2021.

FILIP

Van Koningswege :

De Minister van Werk,
 P.-Y. DERMAGNE

 Nota

(1) Verwijzing naar het *Belgisch Staatsblad* :
 Wet van 5 december 1968, *Belgisch Staatsblad* van 15 januari 1969.